



Rheinhafen in Basel Kleinhüningen: Im Kanton Basel-Landschaft ist die Skepsis gegenüber einer Hafenfusion weiter verbreitet als im Kanton Basel-Stadt.

CHRISTOPH RUCKSTUHL

Basler Parlament votiert für eine Hafenfusion

Baselbieter Skepsis gegenüber dem partnerschaftlichen Geschäft

Der Plan zur Fusion der Häfen beider Basel ist einen Schritt weiter; der Grosse Rat hat dem Staatsvertrag zugestimmt. Baselland ist skeptischer. Kritiker meinen, die Hafenaareale seien viel zu gross.

ai. Basel, 17. Januar

Geht es nach dem Willen des Grossen Rats, werden die Rheinhäfen von Basel-Stadt und Baselland zusammengelegt. Das städtische Parlament hat den entsprechenden Staatsvertrag mit 106 gegen 14 Stimmen genehmigt. Dagegen waren einzig die Grünen. Etwas mehr Widerstand dürfte dem Geschäft im Baseltbiet erwachsen; am Donnerstag wird der Landrat darüber zu befinden haben, und man weiss, dass die Skepsis hier etwas weiter verbreitet ist als in Basel.

Land zum Nulltarif

Der Vertrag sieht vor, dass der städtische Rheinhafen Kleinhüningen (einschliesslich des Klybeck-Quais) sowie die Landschaften Häfen Birsfelden und Muttenz zusammengelegt und von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, den «Schweizerischen Rheinhäfen», geführt werden. Der St.-Johann-Hafen ist aus der Vereinbarung herausgelöst worden, da er, um dem Novartis-Campus Platz zu machen, in absehbarer Zukunft ohnehin aufgehoben wird. Geplant ist auch, die neue Gesellschaft auf partnerschaftlicher Basis zu betreiben: Standort der Direktion wird Basel, der juristische Sitz Birsfelden sein, und die Ertragsüberschüsse werden im Verhältnis 40 zu 60 zwischen Stadt- und Landkanton aufgeteilt. Hauptmotiv für die Fusion waren weniger die zu erwartenden Synergien oder das Sparpotenzial, sondern die Hoffnung, dass den gemeinsam auftretenden Häfen national und international mehr Gewicht zukommen wird.

Obschon die Ziele, die mit der Zusammenlegung angestrebt werden, auf beiden Seiten der Kantonsgrenze unbestritten sind, hatten die Kritiker bisher wenig Mühe, Haare in der Suppe zu finden. Beanstandet wurde beispielsweise der Umstand, dass die neue Hafengesellschaft für das Gelände, das sie übernimmt, nichts zu bezahlen hat. Anstoss daran nahmen ausgerechnet die sonst nicht gerade marktwirtschaftlich gesinnten Grünen, die in der Grossratsdebatte darauf hinwiesen, dass mit dieser Gratislösung das Hafenunternehmen «keinen Anreiz» habe, «das Areal effizient zu nutzen». Tatsächlich ist im Zweckartikel des Staatsvertrags die Forderung nach einer

wirtschaftlichen Verwaltung des Hafengeländes nicht enthalten. Zwar haben die vorbereitenden Kommissionen beider Parlamente in Ergänzung zum Vertrag die Regierungen aufgefordert, für einen effizienten Umgang mit den Land-Ressourcen zu sorgen; das Postulat hat aber keinen verbindlichen Charakter.

Zu wenig genutztes Hafengelände?

Dieses Detail ist deshalb nicht unwichtig, weil immer wieder der Verdacht geäussert wird, dass die Häfen über Landkapazitäten verfügen, die sie gar nicht benötigen. Und wenn die neue Gesellschaft für das Gelände nichts zu bezahlen habe, so argumentieren die Kritiker, werde sie auch keinen Anlass haben, allfällige Brachen abzutreten. Das Problem scheint vor allem in Birsfelden zu bestehen, wo das Hafenaareal, das etwa ein Fünftel des Gemeindebodens in Anspruch nimmt, von den Verantwortlichen der Gemeinde als überdimensioniert erachtet wird. Birsfelden möchte das zu extensiv genutzte Gebiet eher in Wohn- oder echte Industriezonen umwandeln und damit nicht zuletzt auch das Steuersubstrat verbessern.

Auf Kritik stiess in der vorbereitenden Kommission des Landrats sodann die Tatsache, dass der Staatsvertrag den Städten erlaubte, den Hafen St. Johann (im Hinblick auf die bevorstehende Umnutzung) auszuklammern, während sich Birsfelden «den staatsvertraglichen Vorgaben beugen muss». Die Gemeinde hat die Landräte in einem Brief denn auch dazu aufgerufen, das Regelwerk an die Regierung zurückzuweisen. Der Vorschlag der vorbereitenden Kommission, bei einer allfälligen Ausgliederung von nicht mehr benötigten Flächen sei eine Verständigung mit Basel-Stadt zu suchen, sei zu wenig verbindlich, meinten die Gemeindevertreter.

Wohnen contra Wirtschaften

Die Debatte um das in den Häfen angeblich vorhandene Brachland ist nicht neu. Schon 1987 war in einer Planconsult-Studie festgehalten worden, dass die Umschlagplätze um die Hälfte zu gross seien. 1994 legten die Architekten Herzog & de Meuron ein Projekt vor, das die Errichtung von drei vierzigstöckigen Wohntürmen auf dem Kleinhüninger Hafengelände vorsah. Seither ist die Frage immer wieder diskutiert worden, ob die Häfen in erster Linie der verkehrswirtschaftlichen Nutzung vorbehalten sein müssen oder ob Platz für eine Kulturmeile geschaffen werden soll. Derzeit scheinen die Anhänger der Kulturmeile etwas ins Hintertreffen geraten zu sein.

Für Militäreinsatz an der Euro 08

Ratskommission empfiehlt Kampffjet-Initiative zur Ablehnung

Bern, 17. Jan. (ap) Nach dem Ja des Ständerats zum Armee-Einsatz an der Fussball-Europameisterschaft Euro 08 beantragt nun auch die Sicherheitskommission (SIK) des Nationalrats dessen Genehmigung. Gemäss einer Kommissionsmehrheit ist der subsidiäre Einsatz erforderlich, um den Bedürfnissen der Kantone, in denen Spiele ausgetragen werden, gerecht zu werden, wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten. Der Entscheid fiel mit 17 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Keine Chancen hatte ein Nichteintretensantrag der Grünen. Auch ein Antrag der SP, den Einsatz auf maximal 10 000 Armeegehörige zu beschränken, wurde verworfen. In der vergangenen Wintersession hatte der Ständerat einem gestaffelten Einsatz von bis zu 15 000 Angehörigen der Armee zugestimmt.

Im Weiteren empfiehlt die SIK, die Volksinitiative des Umweltschützers Franz Weber «gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» abzulehnen. Sie verlangt jedoch vom VBS, dass die Flugregelungen in den betroffenen Gebieten wei-

ter optimiert werden, wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten. Der Entscheid der Kommission gegen die Initiative fiel mit 13 gegen 5 Stimmen. Die klare Mehrheit stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass der Text der Initiative mit den sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielen der Schweiz nicht vereinbar sei. Eine Verbannung von Kampffjets aus den Tourismusgebieten käme einem faktischen Trainingsverbot für die Luftwaffe gleich und würde zur Schliessung der Flugplätze in Meiringen und Sitten führen. Die SIK ersucht das Verteidigungsdepartement aber, mit den bisherigen Anstrengungen zur Lärmverminderung fortzufahren. Dies dürfe jedoch nicht auf Kosten der Qualität der Pilotenausbildung und der Sicherheit gehen.

Die Initiative «gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» war im November 2005 mit total 113 049 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Das Volksbegehren fordert ein Verbot von Kampffjet-Übungen in touristisch genutzten Gebieten in Friedenszeiten.

Je kleiner, desto feiner?

Studie über Gemeindegrösse und Qualität der Demokratie

Gemäss einer neuen Nationalfondsstudie besteht ein Zusammenhang zwischen Gemeindegrösse und Demokratiequalität. Die Bürger in kleinen Gemeinden seien besser integriert und politisch kompetenter als die Bewohner grösserer Gemeinden und Städte – entsprechend höher sei auch ihr Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie.

se. Das Thema Gemeindefusionen erregt sich grosser Aufmerksamkeit, auch wenn die Schweiz hinsichtlich der Zahl kommunaler Zusammenschlüsse im internationalen Vergleich nicht gerade als Vorreiter gilt. Zwischen 1990 und Ende 2004 ist die Zahl der Gemeinden in der Schweiz von 3021 auf 2763 zurückgegangen, und die Kommunen sind im internationalen Vergleich nach wie vor sehr klein. In fast einem Drittel der Schweizer Gemeinden wohnen weniger als 500 Personen, die mittlere Bevölkerungszahl liegt bei knapp 2700 Einwohnern. Das Thema Gemeindezusammenschlüsse ist somit evident und wird zu meist mit Effizienzkriterien begründet. Neben dieser «Output»-Perspektive interessiert indes auch der «Input»: Gibt es allenfalls einen Zusammenhang zwischen Gemeindegrösse und Demokratiequalität? Dieser Frage haben sich im Rahmen eines Nationalfondsprojekts die Politologen Andreas Ladner (IDHEAP Lausanne) und Marc Bühlmann (Universität Zürich) angenommen. Sie kommen aufgrund einer Umfrage bei 1680 Einwohnern aus 56 Gemeinden zum Schluss, dass die Qualität der Demokratie mit der Gemeindegrösse abnehme.

Wissen und Vertrauen

Die «Qualität» der lokalen Demokratie wird in der gut 200 Seiten umfassenden Studie mit Hilfe von sechs Indikatoren erfasst. Erhoben wurden Einstellungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen der Bürger, die als normative Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie gelten: soziale Integration, politisches Interesse, Wissen und Kompetenz, Vertrauen in das politische System, Zufriedenheit und politische Beteiligung. Die Ergebnisse der Studie fallen für die einzelnen Indikatoren unterschiedlich aus. So liegt der Grad der sozialen Integration in kleinen Kommunen gemäss der Umfrage erwartungsgemäss höher als in grösseren Gemeinden. Auch sind die Kenntnisse über die lokale Politik und ihre Vertreter in den übersichtlicheren kleinen Kommunen besser. Nicht zuletzt deshalb trauen es sich hier die Bürger auch eher zu, selber ein politisches Amt zu übernehmen.

Hinsichtlich des Wissens über die Politik differenzieren die Forscher zwar zwischen Kenntnissen über Personen und Parteien (die in kleinen Gemeinden besser seien) und dem Wissen über Institutionen und Zuständigkeiten (das eher in grösseren Gemeinden verbreitet sei). Insgesamt stellen sie aber einen negativen Zusammenhang

zwischen Gemeindegrösse und politischem Wissen der Bürger fest. Und so ist auch das Vertrauen in die Politik in kleinen Gemeinden höher: Die statistisch aufwendig mit sogenannten Mehrebenenanalysen ausgewerteten Umfragedaten weisen jedenfalls auf einen negativen Zusammenhang zwischen Gemeindegrösse und wahrgenommener Kompetenz und Integrität der Behörden hin. Keinen statistisch erhärteten Zusammenhang fanden die Forscher indes zwischen der Gemeindegrösse und dem Interesse an der lokalen Politik, der politischen Partizipation und der Zufriedenheit mit der Demokratie. Die Zufriedenheit steht auch in keinem Zusammenhang mit der Art der Legislative (Gemeindeversammlung oder Gemeindeparlament).

Fusionen und Demokratie

Unter dem Strich kommen die Forscher zum Schluss, dass die Qualität der Demokratie mit zunehmender Gemeindegrösse abnimmt, womit die Demokratie in der Schweiz durch Gemeindefusionen mittelfristig Schaden nehmen könne. Als Gegenmittel empfehlen sie vertrauensbildende Massnahmen, Transparenz und den Ausbau der politischen Bildung. Bei der Interpretation dieser Befunde über die abnehmende Demokratiequalität durch Gemeindefusionen sollte allerdings nicht vergessen gehen, dass die Studie allein auf die Selbstwahrnehmung der Bürger abstellt und objektivierbare Demokratiedefizite unberücksichtigt lässt, wie sie derzeit in den Kommunen etwa durch Aufgabenverflechtungen in Zweck- und Gemeindeverbänden entstehen.

Demokratiequalität im Vergleich

se. In der Nationalfondsstudie werden auch Unterschiede der Demokratiequalität zwischen den Landesteilen untersucht. Die Indikatoren für das politische Interesse, die Kompetenz, das Vertrauen in die Politik und die Zufriedenheit mit der Demokratie zeigen für die Gemeinden der Deutschschweiz bessere Werte an als für die französisch- und italienischsprachige Schweiz. Ladner und Bühlmann erklären dies mit einem unterschiedlichen Staatsverständnis. So werde in der lateinischen Schweiz die Repräsentativität gegenüber der Direktdemokratie etwas höher gewichtet als in der Deutschschweiz.

In einem Ländervergleich werden ferner Befunde aus Norwegen, Dänemark und den Niederlanden herangezogen. In diesem Vergleich schneide die Qualität der Demokratie in den Schweizer Gemeinden gut ab, schreiben die Forscher. Die vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit der lokalen Politik habe nicht zuletzt mit der grösseren Nähe der Bürger zur Politik zu tun – also mit den vergleichsweise kleinen Gemeinden. Als Defizite nennt die Studie die niedrige Wahlbeteiligung in der Schweiz sowie das vergleichsweise geringere politische Wissen der Bürger; letzteres wird mit dem komplexen dreistufigen Staatsaufbau in Verbindung gebracht.

Industrie drängt auf Energie-Entscheidung

Swissmem fordert Sicherung der einheimischen Stromversorgung

Die Maschinenindustrie drängt auf die rasche Planung von zwei Kernkraftwerken in der Schweiz. Weder der Bund noch die zögernde Strombranche dürften den Standort Schweiz mit einer zu teuren und unsicheren Stromversorgung gefährden, hiess es am Stromkongress des VSE.

Nkm. Pfäffikon (sz), 17. Januar

Die Nachfrage von Grosskunden spielt für die Ausgestaltung der schweizerischen Energiepolitik und Energiewirtschaft eine besondere Rolle. Dies wurde am Stromkongress des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) und der Electrosuisse ausführlich thematisiert. Ungeduldig und besorgt über die energiepolitische Entwicklung zeigte sich insbesondere die schweizerische Maschinenindustrie, die vom Bund, insbesondere aber von der Strombranche selbst, rasche Entscheide zu Planung und Bau von zwei Atomkraftwerken der dritten Generation verlangt. Strom sei für die schweizerische Industrie und für die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) die entscheidende Energieform. Das Wachstum von Stromverbrauch und BIP seien in der Vergangenheit stets gekoppelt gewesen.

Walter Müller, Ressortleiter Energie und Umwelt beim Maschinenindustrie-Verband Swissmem, erklärte, seine Branche erwarte vom Bundesrat, von Politik und Energiewirtschaft, dass Strom in der Schweiz genügend und sicher vorhanden wie auch erschwinglich bleibe. Die Kernkraft bleibe bei Neuinvestitionen weiterhin die kostengünstigste Option. Noch fast wichtiger als der Preis sei die Versorgungssicherheit, die bei der Abhängigkeit von Gas aus politischen Gründen nicht unbedingt gegeben sei. Der Kernbrennstoff Uran hingegen könne aus politischen Gründen wie Kanada und Australien bezogen werden. Müller forderte ausdrücklich nicht, dass

keine Gaskraftwerke gebaut würden, doch sei es falsch, strompolitisch eine Gas-Strategie zu fahren. Der Entscheid für eine Produktionstechnologie sei ein strategischer Entscheid über die zukünftigen Stromkosten und die Versorgungssicherheit. Dieser Entscheid sei rasch zu treffen – eben zugunsten der Kernkraft. Die Strombranche müsse sich für günstigen Strom einsetzen und dürfe sich nicht immer stärker am Spotmarkt orientieren.

Für die Maschinenindustrie sind sichere Energie-Bedingungen ein Vorteil des Standortes Schweiz, den Staaten in Süd- und Ostasien, etwa China und Indien, mit ihrem Energiehunger, mit steigendem Strombedarf, vermutlich steigenden Preisen und tendenziell ungenügenden Versorgungskapazitäten, nicht bieten können. Solche Vorteile der Schweiz, die im Übrigen sogar innerhalb von Europa eine Rolle spielen können, sollen nicht aus ideologischen Gründen oder wegen mangelnder Entscheidungskraft auf Spiel gesetzt werden. Die Strombranche beschwöre seit fünf Jahren die abschbare «Stromlicke»; seit langem aber seien keine neuen Produktionskapazitäten mehr gebaut worden. Der Bau von Kernkraftwerken untersteht in der Schweiz letztlich dem fakultativen Referendum. Ein solches sei zu genehmigen, zeigte sich Müller überzeugt. Dafür spreche nicht zuletzt die Klimadebatte, welche breit und sehr emotional geführt werde. Sie habe viele Menschen für die Vorteile einer CO₂-armen Stromproduktion sensibilisiert.

NZZ ONLINE

Laufend aktualisierte Nachrichten, Analysen und Hintergründe zu Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport.
www.nzz.ch